

Bayerische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

vorab per Fax

München, 18.12.03
MP

Offener Brief

Regierungserklärung vom 6.11.2003

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

das *Forum Bildungspolitik in Bayern* hat Ihre Regierungserklärung vom 6. November 2003 mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und die Inhalte intensiv diskutiert. Im *Forum Bildungspolitik* sind 28 Eltern-, Lehrer- und Schülerorganisationen sowie weitere Verbände aus dem bayerischen Bildungsbereich vertreten. Diese 28 Organisationen repräsentieren mehr als 1,2 Mio. Mitglieder.

Das *Forum Bildungspolitik* begrüßt, dass die Bayerische Staatsregierung der Bildung Priorität einräumen will. Andere Punkte Ihrer Regierungserklärung sehen wir bei Beibehaltung der gegebenen Rahmenbedingungen als undurchführbar an. Das *Forum Bildungspolitik* hat mich als seinen Sprecher gebeten, Ihnen zu drei Punkten unsere ersten Überlegungen und Forderungen in Form eines offenen Briefes mitzuteilen:

1. Einschulung mit 5 Jahren

Die Entwicklung der Kinder dieses Alters ist zu unterschiedlich, um einen vorgezogenen Einschulungstermin grundsätzlich vorzuschreiben. Stattdessen sollte es weiterhin möglich sein, auf Wunsch der Eltern die Kinder ab dem 5. Lebensjahr einzuschulen.

Wir sind überzeugt, dass derzeit die Rahmenbedingungen in den Grundschulen nicht gegeben sind, um Erstklässler in einem Altersspektrum von 5 bis 7 Jahren adäquat zu fördern. Dafür sind die Klassen in der Regel zu groß bzw. sind zu wenig Lehrerstunden zugeteilt. Altersgemischte Klassen brauchen zwei Lehrkräfte pro Klasse. Dies erfordert dann unausweichlich auch andere Unterrichtsmethoden. Verwiesen sei hier auf die Beispiele der Montessori- sowie der Jena-Plan-Schulen in Bayern. Darüber hinaus gibt es weitere bewährte und Ihnen sicher bekannte Ansätze.

● Aktion 25 ● Aktion Humane Schule Bayern e. V. ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Katecheten-Verein (DKV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Fachverband für Behindertenpädagogik - Landesverband Bayern e. V. (vds) ● Freie Evangelische Elternvereinigung e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Initiative Praktisches Lernen Bayern e. V. (IPL) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● Landesschülervertretung - Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Montessori Landesverband Bayern e. V.

Das Forum Bildungspolitik fordert:

Auf der Basis bereits bewährter Konzepte müssen geeignete Rahmenbedingungen festgelegt werden. Eine vorgezogene Einschulung darf auf keinen Fall zu Lasten der Kinder, der Pädagogen oder der Eltern gehen. Der Erfolg von Schule und die erforderliche Chancengleichheit sind nur sicherzustellen, wenn die Rahmenbedingungen adäquat gestaltet sind. Ich verweise auf die Forderungen unserer beiliegenden Petition „Aktion Bildung“, die von 102.317 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde.

Ebenso erfordert diese vorgezogene Einschulung ein neues Konzept für die Kindergärten, deren Kinder damit eine mittlere Besuchszeit von deutlich unter zwei Jahren zu verzeichnen hätten. Es muss sichergestellt werden, dass alle Eltern eine kindgerechte Entscheidung treffen können. Es muss verhindert werden, dass eine vorgezogene Schulanmeldung nur erfolgt, um den Kindergartenbeitrag zu sparen.

2. Ganztagschule

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Aber eine Ganztagschule ist nicht bereits dann gegeben, wenn an der herkömmlichen Halbtagschule festgehalten und Wahlfächer sowie Arbeitsgruppen in die Nachmittagsstunden verlegt werden. Speziell in einem Flächenland wie Bayern sind im Blick auf dieses Angebot noch viele Fragen offen. Dies schließt auch organisatorische Notwendigkeiten wie den Schulbuseinsatz oder angemessene Lehrerarbeitsplätze in der Schule ein.

Das Forum Bildungspolitik fordert:

Erforderlich ist bei den Ganztagschulen ebenso wie bei der vorgezogenen Einschulung zunächst ein schlüssiges inhaltliches Konzept. Der Unterricht ist generell anders zu strukturieren, sodass z.B. keine Hausaufgaben mehr notwendig sind. Dies erfordert zwingend, eine andere Art von Lernkultur einzuführen. Sie kann nicht per „Dekret“ verordnet werden.

Für die Lehrerinnen und Lehrer müssen entsprechende Fortbildungen angeboten werden. Die Lehrerbildung muss der neuen Art des Lernens und einer neuen Unterrichtsstruktur Rechnung tragen. Langjährige Erfahrungen und Untersuchungen zur Situation in unseren Nachbarländern sind dringend einzubeziehen. Die Einführung von Ganztagschulen mittels (versteckter) Arbeitszeiterhöhungen für Lehrerinnen und Lehrer lehnt das *Forum Bildungspolitik in Bayern* ab.

3. 8-jähriges Gymnasium

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* steht der angekündigten Verkürzung des Gymnasiums kritisch gegenüber. Insbesondere sehen wir die mittlerweile veröffentlichten Überlegungen, wie diese Verkürzung realisiert werden soll, mit Sorge. Sie zielen zum Großteil darauf ab, ein neun-jähriges Gymnasium in eine achtjährige Form zu pressen. Die dabei angepeilten Jahreswochenstunden legen den Schluss nahe, das Gymnasium würde in Zukunft generell ganztägig geführt. Die von der CSU-Landtagsfraktion vorgestellten Überlegungen, die Kollegstufe zu reformieren, führen faktisch zur Abschaffung des Kurssystems, das sich in seiner jetzigen Form

durchaus bewährt hat. Das Bayerische Kabinett hat sich deshalb am 16.10.2001 von eben diesen Reformvorschlägen abgewendet.

Das Forum Bildungspolitik fordert:

Es muss ein klares pädagogisches Konzept vorgelegt werden, wie das Gymnasium verkürzt werden soll, das allen an Schule Beteiligten angemessen Rechnung trägt. Von dem Ziel, diese Verkürzung innerhalb eines Schuljahres umzusetzen, muss Abstand genommen werden. Vor der Verkürzung müssen die Inhalte der Lehrpläne deutlich entschlackt werden. Die so frei werdende Zeit ist tatsächlich und nicht nur formal für Vertiefung, Vernetzung und Wiederholung anzusetzen. Die aktuelle Revision der Lehrpläne, die von der Bayerischen Staatsregierung inzwischen auch für das G8 als geeignet angesehen werden, trug dieser Forderung, die am 9.11.2000 im Übrigen auch vom Bayerischen Landtag erhoben wurde, nicht Rechnung. Die vorgenommenen Kürzungen sind zumeist rein redaktioneller Natur und führten deshalb nicht zur angestrebten Verringerung der Lerninhalte.

Das Kurssystem in der Kollegstufe ist zu erhalten, da Reformbedarf im Gymnasium nämlich vor allem in der Unter- und Mittelstufe besteht. Gerade hier muss durch eine Neuordnung der Prüfungsanforderungen (z.B. Reduzierung der Schulaufgabenzahl) der Fokus mehr auf das Unterrichten und weniger auf das Prüfen gerichtet werden.

Fazit

Bei allen drei Themen sind zuallererst umfangreiche Vorarbeiten notwendig, da die Pläne der Staatsregierung einen tiefgreifenden Strukturwandel mit sich bringen würden. Andernfalls lassen sich alle drei Vorhaben nicht nutzbringend umsetzen. Die im *Forum Bildungspolitik in Bayern* zusammengeschlossenen 28 Organisationen bitten Sie eindringlich, den Zeitplan zur Umsetzung zu ändern und Ihre Überlegungen einer breiten Diskussion mit den Betroffenen und ihren Organisationen zuzuführen. Erst an dessen Ende kann die Frage beantwortet werden, welche Entscheidungen verantwortungsvoll getroffen werden können. Entscheidendes Kriterium müssen dabei die Interessen der Kinder und Jugendlichen sein. Gegen die Interessen der Pädagogen und der Eltern durchgesetzte Entscheidungen dieser Tragweite sind kontraproduktiv.

Schon jetzt bietet das *Forum Bildungspolitik in Bayern* an, bei dieser Diskussion und den erforderlichen Vorarbeiten sein vielfältiges Fachwissen einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. h. c. Albin Dannhäuser
Sprecher des *Forum Bildungspolitik in Bayern*